

Neuer Weg

MONATSSCHRIFT FÜR AKTUELLE FRAGEN DER ARBEITERSBEWEGUNG

HEB AUSGEGEBEN VOM PARTEIVORSTAND DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

REDAKTION: BERLIN N 54, LOTHRINGER STÄ. 1

AUGUST 1946 HEFT 5

MAX FECHNER

Gemeindewahlen —

zur **D**emokratisierung Deutschlands

ein

weiterer

Schritt

In den bevorstehenden Gemeindewahlen wird in Tausenden von Gemeinden das Volk die Vertreter wählen, die die Gemeinde zum Wohle der Bevölkerung zu leiten und zu verwalten haben. Mit dieser Wahl und der sich aus ihr ergebenden Einsetzung der neuen Gemeindevertretungen wird ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Demokratie in Deutschland getan.

Die lebenskräftige und demokratische Gemeinde ist für die antifaschistisch-demokratische Entwicklung lebensnotwendig, denn ein Staat, der von dem Willen des Volkes bestimmt und getragen wird, muß als Grundlage die freie, sich selbst verwaltende Gemeinde haben. Die sich selbst verwaltende Gemeinde ist die politische Hochschule für die Weckung und Förderung des politischen Gemeinsinns der Bürger. Eine Gemeinde aber, die von staatlich gelenktem Büroapparat gesehulmeister wird, kann keine kraftvolle und von Eigenleben erfüllte Zelle des Staates sein. In ihr herrscht der Paragraph und sein staatsgewaltiger Hüter, nicht aber Diskussion und Kritik, nicht das Volk und sein Wille. Aus dieser Erkenntnis heraus fordert die Sozialistische Einheitspartei die volle demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden mit weitgehender Übertragung von bisher staatlichen Verwaltungsfunktionen auf die Gemeinde und Gemeindeverwaltungen.

Um dieses demokratische Selbstverwaltungsrecht, um diese freie Gemeinde kämpft die deutsche Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten in der Gemeindepolitik. Wir erinnern uns, daß noch vor 15 Jahren in der Weimarer Republik alle dahingehenden Anstrengungen der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes am Widerstand der rechten Parteien scheiterten, so daß noch Dienstanweisungen von 1835 für das Gemeinderecht in Kraft waren. Hinter unserem Kampfe für das demokratische Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde steht heute die Erfahrung von 1933. Daß die Demokratie von 1918 bis 1933 nicht zur lebendigen, vom Willen des Volkes getragenen politischen Kraft wurde, liegt nicht zuletzt daran, daß man in der untersten Zelle, in der Gemeinde, nicht das Volk zur tätigen Mitarbeit herangezogen hatte. Statt das Volk zum Träger und Hüter der Demokratie zu machen, blieb die alte Kluft zwischen der staatlichen

Bürokratie und dem Volke bestehen. Die Demokratie erstarrte zu einer formalen Staatsform und stand außerhalb von ihm als etwas Fremdes und seinem Zugriff und Einspruch entrücktes Gebilde. Wir änderten damals die Staatsform, ohne daß es uns gelang, der Demokratie neues Leben zu geben. Diese Erfahrung steht heute hinter unserem Kampf für die freie, sich selbst verwaltende Gemeinde als die Zelle des demokratischen Aufbaus.

Der Wille des Volkes ist das oberste Gesetz. Aus dieser Grundforderung ergibt sich, daß die Sozialistische Einheitspartei der vom Volke zu wählenden Gemeindevertretung allein das politische Bestimmungsrecht in der Gemeinde zuerkennt und für das Einkammersystem kämpft. Die zweite Kammer ist ein Mißtrauen gegenüber dem Volke und eine Minderung seines politischen Selbstbestimmungsrechtes. Wie wir in der Gemeindeverfassung aus demokratischen Grundsätzen heraus für das Einkammersystem eintreten, so kämpfen wir aus demselben Grunde gegen das Zweikammersystem in der Verfassung der Länder und Gesamt-Deutschlands. Aus dem Verantwortungsgefühl unserem Volke gegenüber und in dem Bewußtsein, daß dem drohenden Verfall der Einheit Deutschlands alle Kräfte entgegengesetzt werden müssen, hat die Sozialistische Einheitspartei in ihren Richtlinien für die Gemeindepolitik die alte Forderung wieder aufgenommen, nämlich die Schaffung einer einheitlichen für ganz Deutschland geltenden Gemeindeordnung.

Es ist für jeden Deutschen heute eine Lebensfrage, daß er sich politisch im Sinne einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung betätigt und daß er sich für sie einsetzt. Denn von dem Umfange, in dem es uns gelingt, die Kräfte unseres Volkes für die Mitarbeit an dem neuen Staat zu gewinnen, hängt die Zukunft der Sicherung der Demokratie in Deutschland und die Wiedererringung unserer staatlichen Selbständigkeit ab. Wir müssen deshalb verlangen, daß jeder im öffentlichen Leben tätige Mensch sich für die Demokratie entscheidet und eindeutig und offen dafür Partei ergreift. Die besten Demokraten gehören in die öffentlichen Ämter. Ihr politisches Bekenntnis verhindert nicht eine überparteiliche und ausschließlich nach sach-